

86 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP

Ausgedruckt am 1. 3. 1995

Regierungsvorlage

A b k o m m e n
zwischen der Republik Österreich
und
der Republik Lettland
über
die Förderung und den Schutz von Investitionen

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND DIE REPULIK LETTLAND,
im folgenden die „Vertragsparteien“ genannt,
VON DEM WUNSCH GELEITET, günstige Voraussetzungen für eine größere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen;

IN DER ERKENNTNIS, daß die Förderung und der Schutz von Investitionen die Bereitschaft zur Vornahme solcher Investitionen stärken und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen leisten können,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

ARTIKEL 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) umfaßt der Begriff „Investition“ alle Vermögenswerte, und insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte, wie Hypotheken, Zurückbehaltungsrechte, Pfandrechte, Nutzungsrechte und ähnliche Rechte;
- b) Anteilsrechte und andere Arten von Beteiligungen an Unternehmen;
- c) Ansprüche auf Geld, das übergeben wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf eine Leistung, die einen wirtschaftlichen Wert hat;
- d) Urheberrechte, gewerbliche Schutzrechte wie Erfinderpatente, Handelsmarken, gewerbliche Muster und Modelle sowie technische Verfahren, Know-how, Handelsnamen und Goodwill;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen für die Aufsuchung, den Abbau oder die Gewinnung von Naturschätzen;

(2) bezeichnet der Begriff „Investor“ in bezug auf die Republik Österreich

- a) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit der Republik Österreich besitzt und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
- b) jede juristische Person oder Personengesellschaft, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Republik Österreich geschaffen wurde, ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Österreich hat und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;

in bezug auf die Republik Lettland

- a) jede natürliche Person, die den Status eines Staatsangehörigen der Republik Lettland in Übereinstimmung mit deren Gesetzen besitzt und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
- b) jede juristische Person, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Republik Lettland geschaffen wurde, ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Lettland hat und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;

(3) bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die eine Investition erbringt, und insbesondere, aber nicht ausschließlich, Gewinne, Zinsen, Kapitalzuwächse, Dividenden, Tantiemen, Lizenzgebühren und andere Entgelte;

(4) umfaßt der Begriff „Enteignung“ auch die Verstaatlichung oder jede sonstige Maßnahme mit gleicher Wirkung.

ARTIKEL 2

Förderung und Schutz von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei fördert nach Möglichkeit in ihrem Hoheitsgebiet Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei, läßt diese Investitionen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu und behandelt sie in jedem Fall gerecht und billig.

(2) Investitionen gemäß Artikel 1 Absatz 1 und ihre Erträge genießen den vollen Schutz dieses Abkommens. Gleches gilt, unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1, im Falle einer Wiederveranlagung solcher Erträge auch für deren Erträge. Die rechtliche Erweiterung, Veränderung oder Umwandlung einer Investition hat in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung jener Vertragspartei zu erfolgen, in deren Hoheitsgebiet die Investition getätigt wurde.

ARTIKEL 3

Behandlung von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen nicht weniger günstig als Investoren dritter Staaten und deren Investitionen.

(2) Die Bestimmungen gemäß Absatz 1 können nicht dahingehend ausgelegt werden, daß sie eine Vertragspartei verpflichten, den Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen den gegenwärtigen oder künftigen Vorteil einer Behandlung, einer Präferenz oder eines Privileges einzuräumen, welcher sich ergibt aus

- a) einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone oder der Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft;
- b) einem internationalen Abkommen, einer zwischenstaatlichen Vereinbarung oder innerstaatlichen Rechtsvorschrift über Steuerfragen;
- c) einer Regelung zur Erleichterung des Grenzverkehrs;
- d) einer Inländergleichbehandlung, welche eine Vertragspartei im Hinblick auf ein bilaterales Abkommen über die Förderung und den Schutz von Investitionen mit einem Drittstaat gewährt hat.

ARTIKEL 4

Entschädigung

(1) Investitionen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur im öffentlichen Interesse, auf Grund eines rechtmäßigen Verfahrens und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß ohne ungebührliche Verzögerung geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz jenes Staates, in dessen Hoheitsgebiet die Investition durchgeführt wurde, zu verzinsen; sie muß in frei konvertierbarer Währung erfolgen und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein.

(2) Enteignet eine Vertragspartei die Vermögenswerte einer Gesellschaft, die in Anwendung von Artikel 1 Absatz 2 dieses Abkommens als eine Gesellschaft dieser Vertragspartei anzusehen ist, und an

86 der Beilagen

3

welcher ein Investor der anderen Vertragspartei Anteilsrechte besitzt, so wendet sie die Bestimmungen des Absatzes 1 dergestalt an, daß die angemessene Entschädigung dieses Investors sichergestellt wird.

(3) Dem Investor steht das Recht zu, die Rechtmäßigkeit der Enteignung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, überprüfen zu lassen.

(4) Dem Investor steht das Recht zu, die Höhe der Entschädigung und die Zahlungsmodalitäten entweder durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, oder durch ein internationales Schiedsgericht gemäß Artikel 8 dieses Abkommens überprüfen zu lassen.

ARTIKEL 5**Transfer**

(1) Jede Vertragspartei gewährt den Investoren der anderen Vertragspartei ohne ungebührliche Verzögerung den freien Transfer in frei konvertierbarer Währung der im Zusammenhang mit einer Investition stehenden Zahlungen, insbesondere, aber nicht ausschließlich,

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Erweiterung der Investition;
- b) von Beträgen, die zur Abdeckung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung der Investition bestimmt waren;
- c) der Erträge;
- d) der Rückzahlung von Darlehen;
- e) des Erlöses im Falle vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Investition;
- f) einer Entschädigung gemäß Artikel 4 Absatz 1 dieses Abkommens.

(2) Die Zahlungen gemäß diesem Artikel erfolgen zu den Wechselkursen, die am Tage der Transferzahlung im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, von der aus der Transfer vorgenommen wird, gelten.

(3) Die Wechselkurse werden entsprechend den Notierungen an den im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei befindlichen Börsen bzw. subsidiär von dem jeweiligen Bankensystem im Hoheitsgebiet jeder der Vertragsparteien festgelegt. Die Bankgebühren werden gerecht und angemessen sein.

ARTIKEL 6**Eintrittsrecht**

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr hiezu ermächtigte Institution ihrem Investor Zahlungen auf Grund einer Garantie für eine Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte des Investors der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 8 dieses Abkommens und der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9 dieses Abkommens, die Übertragung aller Rechte und Ansprüche dieses Investors kraft Gesetzes oder auf Grund eines Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Rechte zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4 und Artikel 5 dieses Abkommens sinngemäß.

ARTIKEL 7**Andere Verpflichtungen**

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei hält jede vertragliche Verpflichtung ein, die sie gegenüber einem Investor der anderen Vertragspartei in bezug auf von ihr genehmigte Investitionen in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

ARTIKEL 8**Beilegung von Investitionsstreitigkeiten**

(1) Entstehen zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei Meinungsverschiedenheiten aus einer Investition, so werden diese so weit wie möglich zwischen den Streitparteien freundschaftlich beigelegt.

(2) Im Falle, daß beide Vertragsparteien Mitglieder des Washingtoner Abkommens vom 18. März 1965 (ICSID) sind, finden die folgenden Bestimmungen Anwendung:

Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 nicht innerhalb von drei Monaten ab einer schriftlichen Mitteilung hinreichend bestimmter Ansprüche beigelegt werden, wird die Meinungsverschiedenheit auf Antrag der Vertragspartei oder des Investors der anderen Vertragspartei zur Durchführung eines Vergleichsverfahrens oder eines Schiedsverfahrens dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten unterbreitet, welches durch die Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsangehörigen anderer Staaten, die am 18. März 1965 in Washington zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, geschaffen wurde. Im Falle eines Schiedsverfahrens stimmt jede Vertragspartei auch ohne Vorliegen einer individuellen Schiedsvereinbarung zwischen der Vertragspartei und dem Investor durch dieses Abkommen unwiderruflich im vorhinein zu, solche Meinungsverschiedenheiten dem Zentrum zu unterbreiten und den Schiedsspruch als bindend anzuerkennen. Diese Zustimmung beinhaltet den Verzicht auf das Erfordernis, daß das innerstaatliche Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren erschöpft worden ist.

(3) Im Falle, daß eine der Vertragsparteien nicht Mitglied der in Absatz 2 genannten Konvention ist, finden die folgenden Bestimmungen Anwendung:

Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 nicht innerhalb von drei Monaten ab dem Erhalt einer schriftlichen Mitteilung hinreichend bestimmter Ansprüche beigelegt werden, wird die Meinungsverschiedenheit auf Antrag der Vertragspartei oder des Investors der anderen Vertragspartei durch ein Schiedsverfahren nach der UNCITRAL-Schiedsgerichtsordnung in der zum Zeitpunkt des Antrags auf Einleitung des Schiedsverfahrens für beide Vertragsparteien zuletzt gültigen Fassung von drei Schiedsrichtern entschieden. Die Vertragspartei unterwirft sich auch dann dem genannten Schiedsgericht, wenn keine diesbezügliche Schiedsvereinbarung vorliegt.

(4) Der Schiedsspruch ist endgültig und bindend; er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt; jede Vertragspartei stellt die Anerkennung und Durchsetzung des Schiedsspruches in Übereinstimmung mit ihren einschlägigen Rechtsvorschriften sicher.

(5) Eine Vertragspartei, die Streitpartei ist, macht in keinem Stadium des Vergleichs- oder Schiedsverfahrens oder der Durchsetzung eines Schiedsspruchs als Einwand geltend, daß der Investor, der die andere Streitpartei bildet, auf Grund einer Garantie eine Entschädigung bezüglich aller oder Teile seiner Verluste erhalten habe.

ARTIKEL 9**Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien**

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit wie möglich, durch freundschaftliche Verhandlungen beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 innerhalb von sechs Monaten nicht beigelegt werden, so wird sie auf Antrag einer der Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall wie folgt gebildet: jede Vertragspartei bestellt ein Mitglied und beide Mitglieder einigen sich auf einen Staatsangehörigen eines dritten Staates als Vorsitzenden. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will, der Vorsitzende innerhalb von weiteren zwei Monaten zu bestellen.

(4) Werden die in Absatz 3 festgelegten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert diese Funktion auszuüben, so kann der Vizepräsident, oder im Falle seiner Verhinderung, das

86 der Beilagen

5

dienstälteste Mitglied des Internationalen Gerichtshofes unter denselben Voraussetzungen eingeladen werden, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht beschließt seine eigene Verfahrensordnung.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet auf Grund dieses Abkommens sowie auf Grund der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechtes. Es entscheidet mit Stimmenmehrheit; der Schiedsspruch ist endgültig und bindend.

(7) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds und ihrer rechtlichen Vertretung in dem Schiedsverfahren. Die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Gericht kann jedoch in seinem Schiedsspruch eine andere Kostenregelung treffen.

ARTIKEL 10

Anwendung dieses Abkommens

Dieses Abkommen gilt für Investitionen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet sowohl vor als auch nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben oder vornehmen werden. Es findet jedoch keine Anwendung auf Investitionen, die vor dem 1. Jänner 1956 getätigten wurden, außer wenn es zwischen den Vertragsparteien ausdrücklich vereinbart wurde.

ARTIKEL 11

Inkrafttreten und Dauer

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in welchem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht worden sind.

(2) Das Abkommen bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach dessen Ablauf wird es auf unbestimmte Zeit verlängert und kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden.

(3) Für Investitionen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 10 dieses Abkommens noch für weitere zehn Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Abkommens an.

GESCHEHEN zu Riga, am 17. November 1994, in zwei Urschriften, jede in deutscher und lettischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Für die Republik Österreich:

Franz Parak m.p.

Für die Republik Lettland:

Valdis Birkavs m.p.

LĪGUMS**STARP****AUSTRIJAS REPUBLIKU****UN****LATVIJAS REPUBLIKU****PAR IEGULDĪJUMU VEICINĀŠANU UN****TO AIZSARDZĪBU**

AUSTRIJAS REPUBLIKA UN LATVIJAS REPUBLIKA, turpmāk līgumā sauktas „Līgumslēdzējas puses“,

VĒLĒDAMĀS radīt labvēligus apstākļus plašākai ekonomiskajai sadarbībai starp abām Līgumslēdzējām pusēm,

ATZĪSTOT nepieciešamību veicināt un aizsargāt ieguldījumus, lai stimulētu ieguldījumu veikšanu un tādējādi sekmētu abu valstu ekonomisko attiecību attīstību,

VIENOJĀS PAR SEKOJOŠO:**1. pants****Terminu skaidrojums**

Šī līguma mērķiem:

- (1) termins „ieguldījumi“ ietver visu veidu īpašumu, tai skaitā, bet ne tikai:
 - a) kustamo un nekustamo īpašumu, kā arī citas īpašuma tiesības, tādas kā hipotēkas, vienas puses tiesības atteikties no savu līgumsaistību izpildes, ķīlas tiesības, lietošanas tiesības, un līdzīgas tiesības;
 - b) līdzīpašnieka tiesības un cita veida līdzdalību uzņēmumos;
 - c) tiesības pieprasīt naudas līdzekļus, kuri nodoti, lai radītu ekonomiskas vērtības vai pakalpojumus, kuriem ir ekonomiska vērtība;
 - d) autortiesības, tiesības rūpnieciskās ražošanas aizsardzībai, tādas kā izgudrotāja patentus, firmas zimes, rūpnieciskās ražošanas paraugus un modeļus, tehnoloģiju, know-how, firmas vārdu un firmas vērtību;
 - e) sabiedriski tiesiskas koncesijas dabas bagātību izpētei un ieguvei;
- (2) ar terminu „ieguldītājs“ attiecībā uz Austrijas Republiku saprot:
 - a) katru fizisko personu, kurai ir Austrijas Republikas pilsonība un kura veic ieguldījumus otras Līgumslēdzējas puses suverēnajā teritorijā;
 - b) katru juridisku personu vai sabiedrības, kuras izveidotas saskaņā ar Austrijas Republikas likumdošanu un kuras pastāvīgā atrašanās vieta ir suverēnajā Austrijas Republikā un kura veic ieguldījumu otras Līgumslēdzējas puses suverēnajā teritorijā;

attiecībā uz Latvijas Republiku:

- a) katru fizisko personu, kurai saskaņā ir Latvijas Republikas likumdošanu piešķirts pilsoņa statuss un kura veic ieguldījumu otras Līgumslēdzējas puses suverēnajā teritorijā;
- b) katru juridisku personu, kura izveidota saskaņā ar Latvijas Republikas likumdošanu un kuras pastāvīgā atrašanās vieta ir suverēnajā Latvijas Republikā, un kura veic ieguldījumu otras Līgumslēdzējas puses suverēnajā teritorijā;

(3) ar terminu „ienākumi“ jāsaprot tās naudas summas, ko dod ieguldījumi, tai skaitā, bet ne tikai, peļņu, procentus, kapitāla pieaugumu, dividendes, tantjēmas, nodevas par licencēm un cita veida atlīdzību;

(4) termins „atsavināšana“ ietver arī nacionalizāciju vai jebkurus citus pasākumus ar līdzīgu rezultātu.

86 der Beilagen

7

2. pants

Leguldijumu veicināšana un aizsardzība

(1) Katra Līgumslēdzēja puse pēc savām iespējām sekmē otras līgumslēdzējas puses ieguldītāju veiktos ieguldījumus savā suverēnajā teritorijā, pieļauj šos ieguldījumus saskaņā ar saviem normatīvajiem aktiem un rikojas ar tiem taisnīgi un godprātīgi jebkurā gadījumā.

(2) Ieguldījumi saskaņā ar 1. panta 1. punktu un no tiem gūtā peļņa atrodas šī liguma pilnā aizsardzībā. Šis peļņas atkaliegūšanas gadījumā, tas pats, nekaitējot 1. punkta noteikumiem, attiecas arī uz šeit radušos peļņu. Ieguldījuma tiesiskajai paplašināšanai, izmaiņai vai pārmaiņai jānotiek saskaņā ar tās Līgumslēdzējas puses likumdošanu, kuras suverēnajā teritorijā ieguldījums tika veikts.

3. pants

Rikošanās ar ieguldījumiem

(1) Katra Līgumslēdzēja puse nodrošina otrai Līgumslēdzējai pusei un tās ieguldījumiem ne mazāk izdevīgu režīmu, kāds tas ir trešo valstu ieguldītājiem un to ieguldījumiem.

(2) Noteikumi, saskaņā ar 1. pantu, nav jāiztulko tā, ka tie vienai no Līgumslēdzēju pusēm uzliktu par pienākumu piešķirt otras Līgumslēdzējas puses ieguldītājiem un to ieguldījumiem, patreiz vai turpmāk, īpašu labvēlības režīmu, ierādot pirmtiesības un privilēģijas, kas izriet no:

- a) muitas savienības, kopēja tirgus, brīvas tirdznieciskās zonas vai piederības kādai ekonomiskai apvienībai;
- b) kāda starptautiska noliguma, starpvalstu vienošanās vai valsts iekšējiem normatīvajiem aktiem nodokļu jautājumos;
- c) noteikumiem, kas atvieglo satiksmi pāri robežai;
- d) nacionālā režīma, ko viena Līgumslēdzēja puse ir piešķirusi trešajai valstij saskaņā ar divpusēju ligumu par ieguldījumu veicināšanu un aizsardzību.

4. pants

Zaudējumu atlīdzināšana

(1) Vienas Līgumslēdzējas puses ieguldītāju ieguldījumi otras Līgumslēdzējas puses suverēnajā teritorijā drīkst tikt atsavināti tikai sabiedrības interesēs un likumdošanā noteiktajā kārtībā un pret kompensāciju. Kompensācijai jāatbilst atsavinātajai ieguldījuma vērtībai, kas noteikta pirms tā brīza, kad par faktisko vai paredzēto nacionalizāciju kļuva zināms atklātībai. Kompensācija jāizmaksā bez vilcināšanās un līdz izmaksas brīdim tā ir aplikta ar tās valsts bankas noteikto parasto procentu likmi, kuras suverēnajā teritorijā ieguldījums ir veikts, kompensācija jāizmaksā brīvi konvertējamā valūtā un tai jābūt brīvi pārvedamai. Vēlākais atsavināšanas brīdi piemērotā veidā jāparūpējas par kompensācijas noteikšanu un izmaksu.

(2) Ja kāda no Līgumslēdzējām pusēm atsavina kādas sabiedrības īpašumus, kura pēc 1. panta 2. punkta uzskatāma par šis Līgumslēdzējas puses sabiedrību un kurā otrs Līgumslēdzējas puses ieguldītājam pieder tiesības uz līdzdalību vai paju, tad atbilstoši 1. panta noteikumiem, ieguldītājam tiek garantēta atbilstoša kompensācija.

(3) Ieguldītājam ir tiesības pārbaudīt atsavināšanas likumīgumu ar tās Līgumslēdzējas puses kompetentu institūciju palīdzību, kura ir ierosinājusi atsavināšanu.

(4) Ieguldītājam ir tiesības pārbaudīt kompensācijas līelumu (apjomu) un izmaksas veidus vai nu ar tās Līgumslēdzējas puses kompetentu institūciju palīdzību, vai arī ar kādas starptautiskas šķirējtiesas starpniecību, saskaņā ar šī liguma 8. pantu.

5. pants

Pārvedumi

(1) Katra Līgumslēdzēja puse bez nepiekājīgas vilcināšanās nodrošina otrai Līgumslēdzējai pusei brīvu pārvedumu brīvi konvertējamā valūtā, saskaņā ar ieguldījuma veikšanai ietvertajiem maksājumiem, īpaši attiecībā uz:

- a) kapitālu un papildus summām/iemaksām ieguldījumu uzturēšanai kārtībā vai to apjoma palieeināšanai;
- b) summām, kuras bijušas paredzētas to izdevumu segšanai, kuri saistīti ar ieguldījuma pārvaldišanu;

- c) ienākumiem;
- d) aizdevumu atmaksāšanu;
- e) ienākumiem ieguldījuma pilnīgas vai daļējas likvidēšanas vai pārdošanas gadījumā;
- f) kompensāciju saskaņā ar šī līguma 4. panta 1. punktu.

(2) Maksājumi, atbilstoši šim pantam, notiek pēc tādiem maiņas kursiem, kādi pārveduma izdarīšanas dienā ir pārvedumu veicošās Līgumslēdzējas puses suverēnajā teritorijā.

(3) Valūtas maiņas kursi tiek noteikti saskaņā ar katras Līgumslēdzējas puses suverēnajā teritorijā esošo biržu kursiem, respektīvi uz tā briža banku sistēmas noteiktajiem kursiem katras Līgumslēdzējas puses suverēnajā teritorijā. Bankas nodevām jābūt taisnīgām un samērīgām.

6. pants

Pārņemšanas tiesības

Ja kāda no Līgumslēdzējām pusēm vai arī tās pilnvarota institūcija savam ieguldītājam ir veikusi maksājumus, pamatojoties uz garantiju par ieguldījumu otras Līgumslēdzējas puses suverēnajā teritorijā, tad šī otra Līgumslēdzēja puse, nekaitējot pirmās Līgumslēdzējas puses ieguldītāja interesēm, saskaņā ar šī līguma 8. pantu un pirmās Līgumslēdzējas puses tiesībām, saskaņā ar šī līguma 9. pantu, atzīst visu šī ieguldītāja tiesību un prasību nodošanu pirmajai Līgumslēdzējas pusei, kas notiek, pamatojoties uz likumdošanu vai likumīgu darījumu. Tālāk otra Līgumslēdzēja puse atzīst visas pirmās Līgumslēdzējas puses tiesības un prasības, kuras pirmā Līgumslēdzēja puse ir tiesīga ištenot tādā pašā apjomā kā tās tiesiskais priekšgājējs. Uz maksājumu pārvedumiem attiecīgajai Līgumslēdzējai pusei, saskaņā ar tiesību pārņemšanu, attiecas šī līguma 4. un 5. pants.

7. pants

Citas saistības

(1) Ja no vienas Līgumslēdzējas puses normatīvajiem aktiem vai saistībām starptautisko tiesību jomā, kuras blakus šim nolīgumam pastāv starp Līgumslēdzējām pusēm vai tiks pieņemti nākotnē, izriet vispārēji vai īpaši noteikumi, kuri paredz otras Līgumslēdzējas puses ieguldītāju veiktajiem ieguldījumiem labvēlīgāku (izdevīgāku) režīmu, kā šī līguma piešķirtais, tad šiem noteikumiem, ja tie ir izdevīgāki attiecībā uz šo līgumu, ir dodama priekšroka.

(2) Katra Līgumslēdzēja puse ievēro jebkādas saistības, kuras tā ir uzņēmusies savā teritorijā pret otras Līgumslēdzējas puses ieguldītāju, attiecībā uz tās sankcionētajiem ieguldījumiem.

8. pants

Ieguldījumu strīdu izskatīšana

(1) Ja starp vienu Līgumslēdzējas pusi un otras Līgumslēdzējas puses ieguldītāju rodas domstarpības attiecībā uz ieguldījumu, tad starp abām strīdus pusēm tās, cik iespējams, risināmas draudzīgā ceļā.

(2) Ja abas Līgumslēdzējas puses ir 1965. gada 18. marta Vašingtonas konvencijas locekles, tad jārikojas saskaņā ar sekojošiem noteikumiem:

Ja nesasakaņas saskaņā ar 1. punktu netiek atrisinātas 3 mēnešu laikā pēc pietiekoši detalizēta prasības rakstiska paziņojuma saņemšanas, tad strīdus jautājums vienas Līgumslēdzējas puses vai otras Līgumslēdzējas puses ieguldītāja uzdevumā tiek iesniegts izlīgumam vai izšķiršanai Starptautiskajā ieguldījumu strīdu izšķiršanas centrā, kas tika izveidots, pamatojoties uz 1965. g. 18. martā Vašingtonā parakstīto konvenciju par ieguldījumu strīdu izskatīšanu starp valstīm un citu valstu pilsoņiem. Ja strīdus jautājums tiek izskatīts šķirētiesā, tad katra Līgumslēdzēja puse arī, neuzrādot personisku šķirētiesas vienošanos starp Līgumslēdzējas pusi un ieguldītāju, neatsaucami un iepriekš piekrīt tādās nesaskaņas iesniegt Centrā un šķirētiesas lēmumu atzīt par saistošu. Šī piekrišana nozīmē atteikšanos no prasības izskatīt lietut iekšējā administratīvajā vai tiesas procesā.

(3) Gadījumā, ja kāda no Līgumslēdzējām pusēm nav 2. pantā minētās konvencijas dalībniece, tad jārikojās saskaņā ar šādiem noteikumiem:

Ja kāda no minētajām domstarpībām, saskaņā ar 1. pantu netiek atrisināta trīs mēnešu laikā pēc pietiekoši detalizēta prasības rakstiska paziņojuma saņemšanas, tad strīdus jautājumu pēc vienas Līgumslēdzējas puses vai otras Līgumslēdzējas puses ieguldītāja pieprasījuma izšķir trīs šķirētiesnesi šķirētiesas ceļā saskaņā ar UNCITRAL – šķirētiesas procesuālo (tiesāšanas) kārtību, kāda ir spēkā pieprasījuma

86 der Beilagen

9

iesniegšanas brīdī abām Līgumslēdzējām pusēm pieņemamā formulējumā. Līgumslēdzēja puse pakļaujas minētajai šķirējtiesai arī tad, ja nav attiecīgas vienošanās par šķirējtiesas sasaukšanu.

(4) Šķirējtiesas lēmums ir galigs un saistošs, tas tiek pildīts saskaņā ar katras valsts iekšējo likumdošanu, katra Līgumslēdzējas puse garantē šķirējtiesas lēmuma atzišanu un izpildi saskaņā ar atbilstošajiem normatīvajiem aktiem.

(5) Līgumslēdzēja puse, kura ir strīdus puse, neviens no izlīguma vai šķirējtiesas vai arī šķirējtiesas lēmuma izpildes posmiem nevar aizbildināties, ka ieguldītājs, kurš ir otra strīdus puse, pamatojoties uz garantiju, ir saņēmis atlīdzību par visiem vai daļu no saviem zaudējumiem.

9. pants**Strīdi starp Līgumslēdzējām pusēm**

(1) Nesaskaņas starp Līgumslēdzējām pusēm par šī liguma iztulkošanu vai piemērošanu jārisina, cik iespējams, draudzīgā ceļā.

(2) Ja nesaskaņas saskaņā ar 1. punktu netiek atrisinātas 6 mēnešu laikā, strīdus jautājums pēc kādas no Līgumslēdzējas puses pieprasījuma tiek iesniegts izskatišanai šķirējtiesas.

(3) Šķirējtiesas katras lietas izskatišanai tiek sasaukta sekojošā kārtībā: katra Līgumslēdzēja puse ieceļ vienu šķirējtiesas locekli un abi šķirējtiesas locekļi vienojas par kādas trešās valsts pilsoni kā priekšsēdētāju. Šķirējtiesas locekļus jāieceļ divu mēnešu laikā pēc tam, kad viena no Līgumslēdzējām pusēm otrai rakstiski paziņojuši, ka tā vēlas strīdus jautājumu nodot izskatišnai. Šķirējtiesas priekšsēdētājs jāieceļ divu mēnešu laikā pēc tam, kad viena no Līgumslēdzējām pusēm otrai ir paziņojuši, ka tā grib iesniegt strīdus jautājumu šķirējtiesas.

(4) Ja 3. punktā noteiktie termini netiek ievēroti, katra no Līgumslēdzējām pusēm gadījumā, ja ne-pastāv kāda cita vienošanās, var lūgt starptautiskās tiesas prezidentu iecelt nepieciešamos šķirējtiesnešus. Ja starptautiskās tiesas prezidents ir kādas Līgumslēdzējas puses valsts pilsonis vai arī viņš nevar pildīt šīs funkcijas kādu citu iemeslu dēļ, tad šo nepieciešamo šķirējtiesnešu iecelšanu var veikt viceprezidents, vai, ja arī viņš nevar pildīt šīs funkcijas, tad vecākais Starptautiskās tiesas loceklis, kurš tiek pieaicināts uz tādiem pašiem noteikumiem.

(5) Šķirējtiesa nosaka pati savu tiesāšanas kārtību.

(6) Šķirējtiesa pieņem lēmumus, pamatojoties uz šo ligumu, kā arī uz vispārātzītām starptautisko tiesību normām. Tā pieņem lēmumus ar balsu vairākumu, šķirējtiesas lēmums ir galigs un saistošs.

(7) Katra Līgumslēdzēja puse sedz savu locekļu un savas likumīgās pārstāvēšanas izdevumus šķirējtiesā. Ieceltā priekšsēdētāja, kā arī citus izdevumus sedz abas Līgumslēdzējas puses vienādās daļās. Šķirējtiesa savā lēmumā var noteikt arī citu izdevumu segšanas kārtību.

10. pants**Liguma piemērošana**

Šis ligums attiecas uz ieguldījumiem, kurus vienas Līgumslēdzējas puses ieguldītāji ir veikuši vai veiks otras Līgumslēdzējpuses teritorijā saskaņā ar tās likumdošanu, kā pirms, tā arī pēc šī liguma stāšanās spēkā. Tas neattiecas uz ieguldījumiem, kuri veikti pirms 1956. gada 1. janvāra, izņemot gadījumus, ja starp Līgumslēdzējām pusēm pastāvēja noteikta vienošanās.

11. pants**Stāšanās spēkā un darbības laiks**

(1) Šim ligumam nepieciešama ratifikācija, un tas stājas spēkā trešā mēneša pirmajā dienā, skaitot no mēneša, kurā veikta ratifikācijas dokumentu apmaiņa;

(2) Ligums paliek spēkā desmit gadus, pēc šī laika iztečēšanas tas tiek pagarināts uz nenoteiktu laiku un katra no Līgumslēdzējām pusēm var to anulēt, diplomātiskā ceļā rakstiski par to brīdinot 12 mēnešus iepriekš.

(3) Uz ieguldījumiem, kuri veikti pirms šī liguma darbības laušanas brīža, attiecas šī liguma pirmo 10 pantu nosacījumi ir spēkā vēl desmit gadus pēc minētā liguma darbības laušanas briža.

Parakstīts Rīgā, 17. 11. 1994.

10

86 der Beilagen

divos oriģināleksemplāros, katrs vācu un latviešu valodās, pie kam abiem tekstiem ir vienāds spēks.

Austrijas Republikas vārdā

Franz Parak m.p.

Latvijas Republikas vārdā

Valdis Birkavs m.p.

VORBLATT

Problem

Die Förderung und der Schutz von Investitionen im Ausland wird von den innerstaatlichen Rechtsnormen des ausländischen Staates geregelt, ohne daß der Heimat- oder Sitzstaat des Investors ein Recht hat, effiziente Schutzfunktionen auszuüben. Dies kann sich hemmend auf die im beiderseitigen Interesse liegende Investitionsbereitschaft auswirken.

Problemlösung

Das vorliegende Abkommen hat die Förderung und den Schutz von Investitionen zum Gegenstand und regelt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit u.a. die Entschädigungspflicht bei Enteignungen, die Frage von Überweisungen und Formen der Streitbeilegung. Das Abkommen beruht auf dem Prinzip der Meistbegünstigung - ausgenommen Vorteile, die sich aus Integrationsmaßnahmen u.ä. ergeben. Auf Grund dieses Vertragsinstrumentes ist jede Vertragspartei in der Lage, die Rechte ihres Investors im Investitionsland sicherzustellen und zu vertreten.

Alternativen

Beibehaltung der bisherigen unbefriedigenden Rechtslage.

Kosten

K e i n e. Mit der Vollziehung des Abkommens ist weder ein vermehrter Sachaufwand noch ein zusätzlicher Personalaufwand verbunden.

EG-Konformität

Die Vereinbarkeit mit bestehenden EG-Regelungen ist gegeben.

Erläuterungen

I.

Allgemeiner Teil

Das gegenständliche Abkommen ist gesetzändernd bzw. gesetzesergänzend und bedarf daher gemäß Artikel 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Da das Abkommen auch Angelegenheiten, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen, regelt, bedarf es gemäß Artikel 50 Abs. 1 B-VG zweiter Satz auch der Zustimmung des Bundesrates. Es hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Artikel 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Das Abkommen enthält keine verfassungsändernden Bestimmungen. Die einzelnen EG-Mitgliedsstaaten schließen analoge Abkommen mit Drittländern ab.

Investitionsschutzabkommen werden üblicherweise zwischen Industriestaaten einerseits und wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern andererseits abgeschlossen. Ihr Ziel ist es, Investitionstätigkeit zu fördern und getätigte Investitionen zu schützen. Es liegt in den wirtschaftlichen Gegebenheiten, daß Investitionen in erster Linie von den Industriestaaten in die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder fließen. Es ist aber nicht auszuschließen, daß der Investitionsfluß auch eine umgekehrte Richtung nimmt. Ein Industriestaat muß daher grundsätzlich bei der Verhandlung solcher Abkommen auf diese Möglichkeit im Lichte seiner eigenen Wirtschaftsstruktur sowie seiner Gesetzgebung Bedacht nehmen.

Da die Grundaufgabe von Investitionsschutzabkommen in jedem Fall die gleiche ist, und da die von Österreich angestrebten Investitionsschutzabkommen im Regelfall ausgehend von einem, von einem OECD-Basisentwurf abgeleiteten, österreichischen Mustervertrag verhandelt werden, sind die Abkommensinhalte einander in hohem Maße ähnlich bis identisch. Größere Abweichungen ergeben sich in der Regel bei Fragen der Streitbeilegung zwischen einer Vertragspartei und einem Investor und bei den Modalitäten des Devisentransfers.

Die Vertragsparteien sichern sich die Meistbegünstigung zu.

Es kann erwartet werden, daß die österreichische Wirtschaft in Zukunft von der Möglichkeit zu Investitionstätigkeiten in Lettland Gebrauch macht. Auch auf lettischer Seite besteht Interesse an Investitionen aus Österreich sowie die Bereitschaft, durch entsprechende innerstaatliche Regelungen ausländische Investitionstätigkeit zu fördern. Ziel des gegenständlichen Abkommens ist es, die österreichischen Firmen bei ihren Investitionsbemühungen in der Republik Lettland zu unterstützen und sie gegen dabei allenfalls entstehende Risiken abzusichern.

Besondere Bedeutung kommt der Regelung der Entschädigung im Falle der Verstaatlichung oder jeder sonstigen Maßnahme mit einer der Enteignung gleichkommenden Wirkung zu. Einen wichtigen Vertragsbestandteil bilden ferner die Bestimmungen betreffend den Transfer von Erträgen aus Investitionen, von Rückzahlungen von in Devisen gewährten Darlehen, von Erlösen aus deren Liquidation oder Veräußerung und von Entschädigungen im Enteignungsfall.

Bei Streitigkeiten zwischen einem Investor und einem Vertragsstaat sieht das Abkommen ein Schiedsverfahren nach der UNCITRAL-Schiedsgerichtsordnung vor; nach dem Beitritt beider Vertragsparteien zur Washingtoner Konvention vom 18. März 1965 kann der Investor alternativ auch das Internationale Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten befassen. Für Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien hinsichtlich der Interpretation und Anwendung dieses Abkommens ist ein Schiedsverfahren vorgesehen.

II.

Besonderer Teil

Präambel:

Diese enthält im wesentlichen die Motive der vertragschließenden Parteien.

Artikel 1

Dieser Artikel dient dazu, die im Abkommen vorkommenden wesentlichen Begriffsinhalte zu definieren.

Der Begriff „Investition“ ist sowohl inhaltlich als auch durch eine umfangreiche, wenn auch nicht erschöpfende Aufzählung von Vermögenswerten definiert. Die Aufzählung folgt einem internationalen Standard.

Der Begriff „Investor“ wird in bezug auf die Vertragsparteien in zweierlei Weise definiert: im Falle natürlicher Personen durch die Staatsangehörigkeit, im Falle juristischer Personen etc. entsprechend der in Österreich vorherrschenden Sitztheorie.

Die Definition der „Erträge“ im Absatz (3) entspricht sowohl inhaltlich als auch in der demonstrativen Aufzählung internationaler Praxis.

Der Begriff „Enteignung“ bezeichnet eine Verstaatlichung oder jede sonstige Maßnahme mit einer der Enteignung gleichkommenden Wirkung.

Artikel 2

umfaßt sowohl die Förderung als auch den Schutz von Investitionen.

Absatz (1) enthält eine Vertragsbestimmung allgemeiner Natur. Konkrete Maßnahmen sind nicht angesprochen, vielmehr ist den Vertragsparteien bei der Gestaltung dieser Maßnahmen, unter der Bedingung der Gerechtigkeit und Billigkeit, freie Hand gelassen. Die Zulässigkeit von Investitionen wird dabei an die Gesetzgebung der jeweiligen Vertragspartei gebunden.

Absatz (2) beinhaltet die Schutzgarantie des Abkommens für Investitionen und ihre Erträge.

Artikel 3

enthält das Prinzip der Meistbegünstigung.

Absatz (2) fixiert die Ausnahmen vom Prinzip der Meistbegünstigung (Zollunion, gemeinsamer Markt, Freihandelszone, Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft und Grenzverkehr; Nichtanwendung auf Steuerfragen; einem Drittstaat in einem Investitionsschutzabkommen zugestandene Inländergleichbehandlung).

Artikel 4

behandelt Fragen der Entschädigung und ist somit als einer der wichtigsten Artikel des Abkommens anzusehen.

Die Enteignung wird darin durch Bindung an drei Bedingungen hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit wesentlich eingegrenzt. Sie darf nur:

1. im öffentlichen Interesse,
 2. unter Einhaltung eines rechtmäßigen Verfahrens und
 3. gegen Bezahlung einer Entschädigung
- erfolgen.

Die Entschädigungspflicht ist so formuliert, daß sie eine weitestgehende Wertsicherung und Wertbarkeit für die betroffenen Vermögenswerte garantiert.

Absatz (1) schreibt fest, daß die Entschädigung dem realen Wert der Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen muß, in dem die tatsächliche Maßnahme der Enteignung gesetzt oder die bevorstehende Enteignung bekannt wurde.

Absatz (2) bestimmt, daß Absatz (1) auch im Falle der Enteignung einer Gesellschaft Anwendung findet, an welcher ein Investor der anderen Vertragspartei Anteile besitzt.

Absatz (3) räumt dem Investor das Recht ein, die Rechtmäßigkeit der Enteignung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, überprüfen zu lassen.

Absatz (4) räumt dem Investor das Recht ein, die Höhe der Entschädigung durch das zuständige Organ der enteignenden Vertragspartei oder durch ein internationales Schiedsgericht gemäß Artikel 8 dieses Abkommens überprüfen zu lassen.

Artikel 5

bildet eine notwendige und klarstellende Ergänzung zu den vorangegangenen Artikeln, insbesondere zu den Artikeln 3 und 4, insofern er das Verfügungs- bzw. Repatriierungsrecht des Investors über alle vorher genannten Vermögenswerte durch Regelung der Überweisbarkeit von Zahlungen aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei garantiert.

Absatz (1) garantiert den freien Transfer ohne ungebührliche Verzögerung in frei konvertierbarer Währung für Zahlungen im Zusammenhang mit einer Investition, und zwar insbesondere für Investitionsrträge, Rückzahlungen von Darlehen, Erlöse aus Liquidation oder Veräußerung und Entschädigung.

Absatz (2) definiert die bei Überweisungen anzuwendenden Wechselkurse.

Absatz (3) regelt die Festlegung des Wechselkurses und stellt die Angemessenheit der Bankgebühren sicher.

Artikel 6

Da Investitionen seitens öffentlicher Stellen des Staates, dem der Investor angehört, vielfach mit Garantien ausgestattet werden, sieht dieser Artikel vor, daß der Garantiegeber in die Rechte des Garantnehmers eintreten kann, um von diesem auf ihn übergegangene Ansprüche aus dem vorliegenden Vertrag geltend zu machen.

Artikel 7

Ergibt sich laut Absatz (1) aus einer Rechtsvorschrift einer Vertragspartei oder aus einer völkerrechtlichen Verpflichtung zwischen den Vertragsparteien eine günstigere Behandlung als sie das Abkommen vorsieht, so geht diese Regelung dem Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

Absatz (2) erlegt den Vertragsparteien die Beachtung der von ihnen übernommenen Verpflichtungen in bezug auf genehmigte Investitionen auf.

Artikel 8

regelt die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten aus einer Investition zwischen dem Investor einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei durch die Möglichkeit, bei Scheitern auf dem Verhandlungsweg nach drei Monaten die Meinungsverschiedenheit auf Antrag der Vertragspartei oder des Investors der anderen Vertragspartei dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zu unterbreiten, soferne beide Vertragsparteien der Washingtoner Konvention vom 18 März 1965 beigetreten sind; bis zum Beitritt beider Vertragsparteien zur genannten Konvention wird die Meinungsverschiedenheit auf Antrag der Vertragspartei oder des Investors der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren mit drei Schiedsrichtern nach der UNCITRAL-Schiedsgerichtsordnung unterbreitet.

Artikel 9

behandelt Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung des vorliegenden Vertrages zwischen den Vertragsparteien.

Artikel 10

Das Abkommen ist anwendbar auf alle Investitionen, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens getätigten wurden oder die nach seinem Inkrafttreten getätigten werden; es findet jedoch grundsätzlich keine Anwendung auf Investitionen, die vor dem 1. Jänner 1956 getätigten wurden.

Artikel 11

stipuliert die Ratifikationsbedürftigkeit. Die Abkommensdauer wird mit zehn Jahren ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens festgelegt, und verlängert sich danach auf unbestimmte Zeit. Nach diesem Zeitpunkt ist eine Kündigung unter Einhaltung einer zwölfmonatigen Kündigungsfrist möglich.